



<Y]_c': ~ fghl b[Ufb, in: Werner Weidenfeld & Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 50' -5\$6.

Dieser Artikel wurde heruntergeladen von: <http://iep-berlin.de/blog/publications/filter/jahrbuch-der-europaeischen-integration/>.

Redaktion

Institut für Europäische Politik
Bundesallee 23, 10717 Berlin
E-Mail: julia.klein@iep-berlin.de
Tel. (030) 88 91 34-0
Fax (030) 88 91 34-99

Das Jahrbuch der Europäischen Integration wird freundlicherweise vom Auswärtigen Amt gefördert.

Das IEP ist ein strategischer Partner der Europäischen Kommission und wird von ihr finanziell unterstützt. Für die Inhalte zeichnet allein das IEP verantwortlich.

Die Publikation sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung, Verarbeitung und Übermittlung in, aus und zwischen elektronischen Systemen (inklusive Internet). Fotokopien für den persönlichen und sonstigen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden.

Ungarn

Heiko Fürst

Nach fünf Jahren in der politischen Verantwortung sah sich die Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán im Oktober 2014 mit einer während ihrer Amtszeit bis dato einzigartigen öffentlichen Protestwelle konfrontiert. Bei den Kommunalwahlen im gleichen Monat war die Wahlbeteiligung auf das niedrigste Niveau seit 1990 gesunken und die rechtsradikale Partei Jobbik erstarkt. Im Februar 2015 büßte die Regierungspartei Fidesz bei einer Nachwahl in ihrer bisherigen Hochburg Veszprém die Zweidrittelmehrheit im nationalen Parlament ein. Konflikte mit der Europäischen Union bestanden ebenfalls fort. Deren Mittel blieben allerdings begrenzt, da der unter anderem wegen Ungarn initiierte 'Rule of Law'-Mechanismus von der italienischen Ratspräsidentschaft lediglich als ein Dialog zwischen den Mitgliedern umgesetzt wurde. Hinzu kamen neue Differenzen mit den Vereinigten Staaten, die sechs hochrangige Regierungsdiplomaten, darunter die Präsidentin der Nationalen Steuer- und Zollbehörde, mit einem Einreiseverbot wegen Korruption belegten.

Das Volk auf der Straße

Mit der Einführung einer Telekommunikationsabgabe und damit der Besteuerung des Mediums Internet im Oktober 2014 entfachte der Fidesz einen Proteststurm unerwarteten Ausmaßes. Binnen weniger Tage schlossen sich eine Viertelmillion Bürger über Facebook zusammen. Zehntausende protestierten auf den Straßen der Hauptstadt. Die Fidesz-Parteizentrale wurde demoliert. Auch die scheidende zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes rief zu Demonstrationen auf. Parlamentspräsident Kóvér thematisierte den Austritt aus der Europäischen Union. Unter der Massivität der Kritik sah sich die Regierung im November allerdings gezwungen, die Steuerpläne zunächst zu modifizieren und anschließend ganz auszusetzen.¹

Die Schwächung oppositioneller Meinungsbildung wäre auch Folge der 2014 erarbeiteten Pläne zum Umbau des Hochschulsystems. Nach der Beschränkung der Medienfreiheit und der Besetzung sämtlicher wichtiger gesellschaftlicher Positionen durch Fidesz-treue Kader seit 2010 sollten entsprechend der zum Jahr 2016 umzusetzenden Konzeption gesellschaftswissenschaftliche Studiengänge umfassend gestrichen, kostenpflichtig oder an die auf Parteilinie getrimmte nationale Kader-Universität Ludovika verlegt werden.² Nach neuerlichen kritischen Berichten ruderte der zuständige Unterstaatssekretär jedoch auch bei diesem Vorhaben teilweise zurück und sah ein Missverständnis vorliegen.³ Von den diversen Protesten profitierte die parlamentarische Opposition nicht. Einzig Jobbik schien in den Umfragen relevante Zuwächse zu erzielen.

1 Nikolaj Nielsen: Hungary's 'internet tax' sparks protests, in: EUobserver, 27.10.2014; taz.die tageszeitung: Ungarn bleiben online, 1.11.2014.

2 Heti Világgazdaság: Közelebről még durvább – itt a részletes felsőoktatási koncepció, 21.4.2015.

3 Heti Világgazdaság: Megmarad a nemzetközi tanulmányok és a kommunikáció szak, 21.4.2015.

Finanzielle Verwicklungen

Nach der verlorenen Zweidrittelmehrheit im Parlament bemühte sich das Kabinett um eine frühzeitige Verabschiedung des Etats für 2016. Dieser prognostizierte ein Haushaltsdefizit von 3,3 Prozent, was das Defizitkriterium der Europäischen Union und die in der eigenen Verfassung implementierte Schuldengrenze für 2016 von maximal 0,4 Prozent verletzt. Der Fidesz zielte daher auf eine Verfassungsänderung, um die Frist zum Greifen der Schuldenbremse zu verschieben. Dieses bereits 2011 angewendete Mittel bedarf jedoch einer Zweidrittelmehrheit und damit einer Kooperation mit der rechtsradikalen Jobbik.⁴ Die Zusammenarbeit mit Jobbik funktionierte bislang allerdings weitgehend problemlos.

Zum erwarteten Defizit summierte sich ein erneut drohender Ausfall europäischer Gelder. Im Oktober 2014 hatte Brüssel die beantragte Auszahlung von Mitteln aus operationellen Programmen zur Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung abgelehnt und eine weitere Prüfung angekündigt. Eine von der Europäischen Kommission gesetzte Frist ließ der Fidesz verstreichen, woraufhin die Programme gestoppt wurden. Die Regierung erklärte der Bevölkerung, die sozialistische Vorgängerregierung hätte fehlerhafte Bewerbungen nach Brüssel geschickt. Der Grund war indessen ein anderer: Die vom Fidesz eingereichten Abrechnungen waren nicht nachvollziehbar, vielfach übersteuert, die Ausschreibungsverläufe und Eigentümerstrukturen undurchsichtig und die Dokumentationen mangelhaft.⁵ Der Staatssekretär des Ministerpräsidenten erklärte daraufhin, dass die Strafzahlungen gering seien und die Mittel für andere Projekte erneut abgerufen werden könnten.⁶ Bereits im Jahr zuvor hatte Brüssel aufgrund des vom Fidesz eingeführten undurchsichtigen Verteilungssystems Gelder einbehalten – weswegen auch andere Förderer die Mittelzuweisung gestoppt hatten.⁷

Im selben Zeitraum sorgte innenpolitisch der Entzug der Betriebslizenzen verschiedener Brokerhäuser durch die ungarische Nationalbank für Schlagzeilen. Ende Februar 2015 waren hiervon die Banken der Buda-Cash Gruppe und der Hungária Értékpapír betroffen. Als Grund wurden Unregelmäßigkeiten in der Bilanzierung und Missbrauch der Kundeneinlagen genannt. Knapp 100 Milliarden Forint fehlten in den Büchern.⁸ Buda-Cash hatte 2013 die vier regionalen genossenschaftlichen Sparkassengruppen der zwangsweisen staatlichen Integration entzogen. Da der Buda-Cash Gruppe zudem eine Nähe zu den sozialliberalen Parteien nachgesagt wurde, spekulierten Kritiker auch über andere Motive für die plötzlich entdeckten Unregelmäßigkeiten.⁹ Die Mutmaßungen wurden durch Äußerungen Orbáns genährt, dass möglicherweise weitere Brokerfirmen nicht korrekt arbeiteten und die Regierung in diesem Segment daher am liebsten den Zustand staatlicher Kontrolle herstellen würde, wie er im Bankensystem bereits erreicht sei. Der „Stall“ müsse „ausgemistet“ werden.¹⁰ Anfang März wurde einem weiteren Brokerhaus, Quaestor, die Betriebs-

4 Pester Lloyd: Kleiner Offenbarungseid: Regierung von Ungarn muss selbst beschlossene Schuldenbremse lösen, 12.5.2015.

5 Leonárd Máriás/Zoltán Torontáli: Lenyúltuk az EU pénzét, és ezen nagyon kiakadt, in: *Heti Világgazdaság*, 16.4.2015.

6 Pester Lloyd: „Technische Fragen“: EU sperrt wieder Milliarden für Ungarn (nicht), 16.4.2015.

7 Benjamin Novak: Hungary's frozen EU funds, abrufbar unter: <http://budapestbeacon.com/economics/eu-funds/> (letzter Zugriff: 5.7.2015); Heiko Fürst: Ungarn, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der europäischen Integration 2014*, Baden-Baden 2014, S. 518.

8 Népszabadság Online: 96 milliárd hiányzik a Buda-Cashból, 21.4.2015.

9 Pester Lloyd: Koalition der Abzocker: Was steckt hinter Buda-C(r)ash?, 27.2.2015.

10 Népszava: Orbán kitagadta a brókervilágot is, 11.4.2015; Pester Lloyd: Der Nächste bitte: Ungarische Nationalbank übernimmt Kontrolle über weiteren Aktienhändler, 10.3.2015.

lizenz entzogen. Im Gegensatz zu Buda-Cash war Quaestor ein regierungsnahes Unternehmen, über das viele Fidesz-Gelder flossen, aber auch die des Fidesz-Abtrünnigen Lajos Simicska, der in Ungarn ein umfangreiches Medienimperium unterhält. Parlamentspräsident Kóvér hatte ihn als „Krankheitssymptom des öffentlichen Lebens in Ungarn“ gebrandmarkt und ihm den Kampf angekündigt.¹¹ In der Firmendatenbank Opten werden für Simicska 63 Gesellschaftsbeteiligungen in Ungarn gelistet.¹² Die Quaestor-Pleite dürfte auch ihn getroffen haben. Die Regierungsgelder dagegen waren bereits vor dem Crash abgezogen worden.

Energiepolitik: Russische Kooperationen

Die Kooperation mit Russland beim Ausbau des Atomkraftwerks in Paks wurde 2015 finalisiert.¹³ Staatspräsident Áder unterzeichnete das zum Vertrag gehörende Gesetz, nach dem die vertraglichen Details 30 Jahre lang unter Verschluss bleiben. Die Opposition kündigte an, vor dem Verfassungsgericht zu klagen. Da dem Gericht vom Fidesz nach unliebsamen Urteilssprüchen jedoch die Kompetenz bei Angelegenheiten mit Budgetrelevanz entzogen wurde, ist die Aussicht auf Erfolg gering. Auch die Auseinandersetzung mit der Europäischen Kommission wurde Mitte April beigelegt. Sie hatte die Einhaltung des Euratom-Vertrags und der europäischen Ausschreibungs- und Wettbewerbsregeln gefordert und moniert, dass bei der Belieferung mit Brennelementen keine einseitige Abhängigkeit von Lieferanten außerhalb der Europäischen Union eingegangen werden dürfe. Die Forderung nach Diversifikation erfüllte Ungarn, indem es den exklusiven Liefervertrag mit Russland von zwanzig auf zehn Jahre verkürzte und anschließend eine Neuausschreibung festsetzte. Außerdem wurde Drittanbietern zugesichert, die eigenen Brennelemente nach Fertigstellung im Reaktor testen zu dürfen.¹⁴ Zusätzlich positiv dürfte sich ausgewirkt haben, dass die Regierung Initiativen unternahm, in der Nähe der südungarischen Stadt Pécs das europaweit erste Atommüllendlager zu errichten. Eine entsprechende Verpflichtung zu nationalen Programmen mit Zeitplänen, Umsetzung und Kosten der Endlagerung hatte die Kommission in einer Richtlinie im Juli 2011 und mit Frist 2015 für alle Mitgliedstaaten verabschiedet.

Die Zusammenarbeit mit Russland wurde auch auf dem Gasmarkt verstärkt. Ungarn hatte die von Russland geplante South Stream Pipeline unterstützt und 2014 mit der Bauplanung begonnen. Hierzu wurde im November eigens eine Gesetzesanpassung vorgenommen, die die Umsetzung trotz des Bauverbots der Europäischen Union ermöglichte.¹⁵ Die Kommission hatte das Projekt im Juni suspendiert und mit Verweisen auf das Antimonopolgesetz mit weiteren Auflagen versehen. Im Dezember zog sich Russland aus dem Projekt zurück und erklärte, statt der South Stream Pipeline (nach Bulgarien) eine Leitung in die Türkei bauen zu wollen (Turkish Stream). Orbán versicherte, auch die neue Pipeline zu unterstützen. Putin erlaubte daraufhin dem ungarischen Mineralölkonzern MOL die weitere Erschließung von Ölfeldern in Westsibirien und sicherte zusätzlich zu, ein noch nicht voll ausgeschöpftes Kontingent eines 2015 auslaufenden Gasvertrags auch über die Frist hinaus zu den alten Konditionen abrufen zu dürfen. In der Europäischen Union setzte

11 Népszabadság Online: Kóvér László: A harcot tovább kell folytatni, 14.3.2015.

12 István Marnitz: A Simicska-galaxis ellen még Orbán is kevés lesz, in: Népszabadság Online, 3.4.2015.

13 Fürst: Ungarn, 2014, S. 518.

14 Andrew Byrne/Christian Oliver: EU blocks Hungary-Russia nuclear deal, in: Financial Times, 12.3.2015; Andrew Byrne: EU approves Hungary's revised reactor plans, in: Financial Times, 21.4.2015.

15 Nikolaj Nielsen: Hungary moves ahead with South Stream pipeline, in: euobserver, 5.11.2014.

sich Orbán für eine Normalisierung des Verhältnisses zu Russland ein, da Europa die russischen Rohstoffe für eine wettbewerbsfähige Industrie benötige.¹⁶ Anfang April unterzeichneten der ungarische und der griechische Außenminister in Budapest ein Kommuniqué zur Unterstützung von Turkish Stream. Ungarn soll dabei als regionale Verteilstation fungieren.¹⁷ Gazprom ist bereits in ungarische Erdgaslager investiert.

Die neuen Kooperationen in dem von Orbán benannten „goldenen Dreieck“ (Deutschland, Russland, Türkei)¹⁸ und die damit verbundene Fokussierung auf fossile Energieträger bescherte neue Konflikte mit der Europäischen Union. Im März reichte die Kommission eine Klage ein und forderte rund 15.000 Euro Strafzahlungen für jeden Tag, an dem Ungarn die EU-Energieeffizienzrichtlinie nicht in nationales Recht umgesetzt hatte. Die Förderung erneuerbarer Energien wurde Anfang 2015 durch eine Steuer auf Solaranlagen sogar zurückgefahren.¹⁹

Kriminalisierung des Fremden

Während ihrer gesamten Amtszeit prägte die Fidesz-Regierung einen rechtspopulistischen Diskurs gegen die Abweichler von der als typisch angesehenen Norm. Neben der politischen Kultur wurde dies auch in Gesetzen und der Verfassung manifestiert. Seit Jahren plädiert Orbán dafür, radikale Mittel wie die Todesstrafe wieder einzuführen. Ungarn wurde hierfür vielfach gerügt und – wie im Falle der nachträglichen Sicherheitsverwahrung oder der unbefristeten Untersuchungshaft – auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Im Frühjahr 2015 startete Ungarn eine „nationale Konsultation“, eine tendenziöse Befragung aller Haushalte, mit der die pauschale Haft für Flüchtlinge, Zwangsarbeit zur Kostendeckung und deren sofortige Abschiebung ohne ordentliches Verfahren gerechtfertigt werden soll.²⁰ Bereits im Januar hatte Orbán auf der Gedenkveranstaltung der Opfer von Charlie Hebdo erklärt, dass keine „signifikante Minderheit mit abweichenden kulturellen Charakteristiken“ in Ungarn leben solle.²¹ In seiner Rede zur Lage der Nation sprach er von einer „wachsenden Welle von Einwanderern“, die „bekämpft“ werden müsse, da diese Menschen unfähig seien sich anzupassen und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellten, was letztlich zur „Vernichtung der christlichen Kultur“ führe.²² 1,4 Prozent der Bevölkerung Ungarns sind Ausländer (EU-Durchschnitt: 4 Prozent). Einen Vorschlag der Kommission für ein Quotensystem zur Aufnahme von Migranten in der Europäischen Union lehnte Ungarn im April ab.

Weiterführende Literatur

Umut Korkut: The migration myth in the absence of immigrants: How does the conservative right in Hungary and Turkey grapple with immigration?, in: *Comparative European Politics* 12/2014, S. 620-636.

16 Pester Lloyd: „Ungarn braucht Russland“: Putin, Orbán und Reaktionen, 18.2.2015; Stephan Löwenstein: Budapest Unschärfen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.2.2015.

17 Andrew Rettman: Greece and Hungary sign up to Russia gas pipeline, in: *EUobserver*, 8.4.2015.

18 Pester Lloyd: Vasall oder Partner: Orbán präsentierte Ungarns Außenpolitik für „die neue Weltordnung“, 9.3.2015.

19 Ralf Leonhard: Ungarn auf Atomkurs, Russland unterstützt, in: *taz.die tageszeitung*, 19.2.2015.

20 Nemzeti konzultáció a bevándorlásról és a terrorizmusról, abrufbar unter: <http://nemzetikonzultacio.kormany.hu> (letzter Zugriff: 5.7.2015).

21 Andrew Rettman: Orban demonises immigrants at Paris march, in: *EUobserver*, 12.1.2015.

22 Viktor Orbán: A keményen dolgozó emberekről szólunk a következő évek, 27.2.2015, abrufbar unter: <http://www.kormany.hu/hu/a-miniszterelnok/beszedek-publikaciok-interjuk/a-kemenyen-dolgozo-emberekrol-szolunk-a-kovetkezo-evek> (letzter Zugriff: 5.7.2015).